



Moin!

Die Parlamente gehen in die verdiente Sommerpause, die Autobahnen beginnen sich zu füllen und die Medien suchen nach Material, um das berühmte Sommerloch zu stopfen. Größere Sorgen bereiten den Bürgerinnen und Bürgern wohl eher die Finanzlöcher, die sich in den Haushalten auftun. Dass Konservative und Liberale dennoch die Chuzpe haben, Steuererleichterungen nach der Wahl im September anzukündigen, lässt zwei Schlüsse zu: Entweder die pure Verzweiflung treibt CDU/CSU und FDP um - und das Steuersenkungsversprechen ist ihr programmatischer Notnagel. Oder aber CDU/CSU und FDP glauben wirklich an das, was sie verkünden und möchten nach der Bundestagswahl die Steuern massiv senken. Das wäre gefährlich, weil unsozial. Steuerentlastungen können nur auf Kosten der Gemeinschaft bezahlt werden.

Viel Spaß beim Lesen meines Newsletters.

**GARRELT DUIN, MdB**

## Unsere Arbeit in der Großen Koalition hat sich gelohnt

Die letzte reguläre Sitzungswoche dieser Legislaturperiode ist zu Ende. Vier Jahre Große Koalition, vier Jahre Regieren in der Großen Koalition waren nicht immer leicht. Aber wenn man einen Strich unter die Arbeit zieht, können wir mehr als zufrieden sein, ja sogar stolz auf unseren Anteil an der Regierungspolitik. Wir haben der Großen Koalition unseren sozialdemokratischen Stempel aufgedrückt.

Wer hätte denn vor vier Jahren gedacht, dass wir das Elterngeld nach den Plänen von Renate Schmidt gegen die Union durchsetzen können? Wer hätte gedacht, dass wir einen Rechtsanspruch auf Betreuung ab dem ersten Lebensjahr gegen die Strukturkonservativen erreichen? Wer hätte gedacht, dass wir die Erbschaftssteuer retten und die Gewerbesteuer stärken können? Wer hätte es für möglich gehalten, dass wir einen Mindestlohn für über drei Millionen Beschäftigte erreichen und den Ausbildungspakt weiter fortführen können?

Wer hätte es für möglich gehalten, dass wir das BAföG zum einen retten und dann auch noch erhöhen können? Niemand hätte es für machbar gehalten, dass wir in einer Koalition mit der Union den Spitzensteuersatz von 42



Nach 29 Jahren im Deutschen Bundestag verabschiedet sich der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Struck aus dem aktiven Politikerleben.

Prozent auf 45 Prozent erhöhen würden. Und niemand hätte damit gerechnet, dass wir die Union zur Begrenzung von Managergehältern und zur Bekämpfung von Steueroasen drängen könnten.

Kurzum: Unsere Arbeit in der Großen Koalition hat sich

ungen verspricht, betrügt wider besseres Wissen. Die größte Weltwirtschaftskrise der Nachkriegszeit kann nicht mit leeren Versprechungen oder einem Lächeln auf roten Teppichen überwunden werden, sondern nur mit harter Arbeit, die von unserem Finanzminister geleistet wird. Mit ihm werden wir den Kräften des Marktes Regeln und Grenzen setzen.

Bis zum 27. September kämpfen wir für eine Mehrheit der solidarischen Mitte in Deutschland. Wir wollen alle gewinnen, die durch ihre Arbeit, ihre Leistung, ihr Engagement zu einem solidarischen Miteinander beitragen. Wir wollen Deutschland durch die Stärkung der Leistungsträger stark machen, damit das Land die Kraft behält, denen zu helfen, die auf Unterstützung angewiesen sind.

Wir kämpfen mit und für Frank-Walter Steinmeier. Er ist ein überzeugender Kandidat, der auf dem Sonderparteitag souverän bewiesen hat, dass er der Richtige ist, Frau Merkel abzulösen.

Diese Wochen habe wir unseren Fraktionsvorsitzenden Peter Struck verabschiedet. Er wird uns sehr fehlen. Seit 1980 war er Mitglied des Deutschen Bundestages und hat die Politik der SPD maßgeblich geprägt.

gelohnt. Wir haben viel erreicht für unser Land. Jetzt, in den nächsten Wochen und Monaten kommt es darauf an, dass wir viel erreichen für unsere Partei. Unser Regierungsprogramm ist überzeugend. Es steht für Verlässlichkeit.

Wer heute Steuererleichter-

## Schutzschirm für Wirtschaft und Beschäftigung komplettiert

Die SPD hat wichtige Verbesserungen bei den Modellen der dezentralen Bad Banks und dem Konsolidierungsbankmodell durchsetzen können. Damit wird das bestehende Instrumentarium des „Rettungsschirms“ – Bürgschaften und direkte Beteiligungen an Kreditinstituten – zur Wiederbelebung der Kreditvergabe um ein weiteres Element ergänzt, ohne dass der Finanzrahmen erweitert wird. Die Modelle sind notwendig, um insbesondere auch Sparkassen und neu aufzustellende Landesbanken zu unterstützen und die



Wir haben wichtige Verbesserungen bei den Modellen der dezentralen „Bad Banks“ durchgesetzt.  
Foto: photocase.de

Kreditvergabe der Banken zu verbessern. Das Zweckgesellschaftsmodell ermöglicht es, toxische Papiere in juristische Personen – Zweckgesellschaften – gegen Schuldverschreibungen auszulagern. Der Bund übernimmt dafür eine Garantie. Damit werden die Bilanzen der Banken davon befreit, sie erhalten wieder Liquidität zur Vergabe von Krediten. Die auslagernden Banken müssen den geschätzten Wert der Papiere über 20 Jahre ratenweise zurückzahlen.

- Jede teilnahme-willige Bank muss sich vor Teilnahme einem Gesundheitstest („Stresstest“) unterziehen.
- Jede teilnehmende Bank muss die Auflagen des Bankenrettungsschirmes (z.B. Gehaltsdeckel von 500.000 Euro) akzeptieren.
- Das wirtschaftliche Risiko bleibt bei der auslagernden Bank. Es erfolgt lediglich eine Stundung möglicher Verluste der Papiere. Der Bund übernimmt lediglich

eine Garantiehaftung.

Das alternative Konsolidierungsbankmodell ermöglicht es, auf Antrag eine sog. Abwicklungsanstalt bei der SoFFin (Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung) zu gründen. In diese „Anstalt in der Anstalt“ können Risikopapiere und nichtstrategische Geschäftsbereiche zum Buchwert übertragen werden. Die Abwicklungsanstalt verwertet die Risikopositionen und wickelt die übertragenen Geschäftsbereiche ab.

Die SPD hat durchgesetzt

- Das übertragende Institut/Unternehmen muss über eine angemessene Kapitalausstattung und ein tragfähiges Geschäftsmodell verfügen, auch hier muss ein Stesstest bestanden werden, Auflagen sind möglich.

- Landesbanken dürfen das Konzept nur nutzen, wenn sich die jeweiligen tragenden Bundesländer zu einer Neuordnung des Landesbankensektors verpflichtet haben.

- Für die Verluste haften die Eigentümer des Instituts – bei Landesbanken die Bundesländer und Sparkassen. Bei den Sparkassen sind die Verluste jedoch dann, wenn der Gewinn der Kernbank überschritten wird, auf die bereits heute bestehende Gewährträgerhaftung (Stichtag: 30. 6. 2008) begrenzt. Damit stützen wir bewusst die öffentlich-rechtlichen Sparkassen. Daneben besteht für die Länder die Möglichkeit, eigene Konsolidierungsbanken zu gründen. Das war ein Zugeständnis an die Union.

## Ausbildungs- und Arbeitsplatz „Tourismus“ attraktiv gestalten

Am Donnerstag, 2. Juli 2009 wurde der von der SPD-Bundestagsfraktion initiierte Koalitionsantrag „Aus- und Weiterbildung in der Tourismuswirtschaft verbessern“ beschlossen.

Damit Deutschland auch in Zeiten verschärften Wettbewerbs das Reiseland Nr. 1 bleibt, müssen Qualität und Service kontinuierlich den Bedürfnissen der Gäste angepasst werden. Eine gute Aus- und Weiterbildung in der Tourismuswirtschaft ist dafür unerlässlich.

Rund 2,8 Millionen Beschäftigte in Deutschland sind in der Tourismusbranche beschäftigt.

Mehr als 110.000 junge Menschen haben einen Ausbildungsplatz in der Tourismuswirtschaft, davon über 100.000 im Hotel- und Gaststättengewerbe. Leider ist die Abbrecherquote gerade in den Ausbildungsberufen der Tourismusbranche relativ hoch. 2006 lag sie für den Beruf Restaurantfachfrau/-mann bei rund 40 Prozent. Der Ausbildungsreport

2008 des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) führt dies auf mangelhafte fachliche Vermittlung von Ausbildungsinhalten, der Ableistung ausbildungsfremder Tätigkeiten und Überstunden sowie teilweise Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz zurück. Diese Situation ist nicht nur für die Jugendlichen, sondern auch für die Betriebe, ein Problem. Schon heute zeichnet sich ein Mangel an gut ausgebildeten Nachwuchskräften in einigen touristischen Berufen ab. Wir setzen deshalb auf mehr Quali-

tät in der Ausbildung. Die Wiedereinsetzung der Ausbilder-Eignungsverordnung (AEVO) zum 1. August 2009 ist dafür ein wichtiger Schritt. Wir setzen uns gleichzeitig für besser abgestimmte Unterrichtsinhalte und eine stärkere gegenseitige Anerkennung der Berufs-, Fach- und Hochschulabschlüsse ein. Wichtig ist auch eine bundeseinheitliche Weiterbildung von Berufsschullehrerinnen und -lehrern. Nur so gewinnen wir dringend benötigte qualifizierte Nachwuchskräfte im Tourismus.

## SPD setzt schärferes Recht gegen Steuerhinterzieher durch

Auf Initiative der SPD hat der Bundestag am 3. Juli ein Gesetz zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerbetrug mit Hilfe ausländischer Steueroasen verabschiedet.

Das Problem: Häufig stoßen Finanzbehörden, die bei ihren Ermittlungen gegen Steuerhinterzieher Auskünfte im Ausland einholen müssen, an Grenzen. Denn bei Ermittlungen, die über das deutsche Staatsgebiet hinausreichen, sind die Finanzbehörden auf die Amtshilfe ausländischer Finanzbehörden angewiesen. Diese Amtshilfe ist inzwischen unverzichtbar, da grenzüberschreitende Steuer-

straftaten alltäglich geworden sind – dem Fiskus gehen dadurch ca.100 Milliarden Euro an Steuereinnahmen pro Jahr verloren! Um den Informationsaustausch zu gewährleisten, hatte bereits die Organisation für Zusammen - arbeit und Entwicklung (OECD) Standards entwickelt – wie etwa ein Musterabkommen zum Auskunfts-austausch in Steuersachen. Über 40 Staaten haben diese Standards lange Zeit nicht anerkannt. Nunmehr haben aber alle angekündigt, dass sie die Standards umsetzen wollen.

Falls den Ankündigungen keine Taten folgen, sieht das neue

Gesetz die Möglichkeit von Sanktionen gegen Länder bzw. Finanzzentren vor, die die OECD-Standards nach wie vor missachten oder sie offenkundig nicht substantiell umsetzen.

Hierzu zählen u. a. eine höhere Quellensteuer auf Kapitalerträge, die Kündigung von Zollabkommen oder keine Anerkennung von Betriebsausgaben. Wer Geld in frühere Steueroasen gebracht hat oder dorthin bringt, muss damit rechnen, dass das Bankgeheimnis für ihn nicht mehr gilt. Unsere Steuerfahnder bekommen von ihren Kollegen aus den betreffenden Staaten endlich alle Informatio-

nen, um ermitteln zu können.

Die Finanzämter erhalten außerdem mehr Möglichkeiten, Steuerprüfungen bei steuerpflichtigen Bürgerinnen und Bürgern vorzunehmen, die mehr als 500.000 Euro im Jahr einnehmen. Diese Personen werden z. B. dazu verpflichtet, zur Prüfung notwendige Unterlagen – genauso wie buchführungspflichtige Unternehmen – sechs Jahre lang aufzubewahren. Auch mit dieser Festsetzung konnte sich die SPD gegen die Union, welche eine deutlich höhere Einkommensgrenze gefordert hatte, durchsetzen.

## Umweltprämie unbedingt aufstocken



Garrelt Duin fordert Aufstockung der Umweltprämie: „Es sollte jeder, der sein Altauto verschrottet, bis zum Jahresende die volle Prämie erhalten. Sollte der Fördertopf vorher ausgeschöpft sein, muss er aufgestockt werden. Die Umweltprämie, die wir Sozialdemokraten mit Frank-Walter Steinmeier an der Spitze im Rahmen des Konjunkturpaketes durchgesetzt haben, zeigt nun ihre volle Wirkung. Mit der Belegung auf dem Automobilmarkt sichern wir wichtige Arbeitsplätze, stärken klein- und mittelständische Unternehmen und schaffen eine ökologische Erneuerung. Die Verkaufszahlen der Fahrzeughersteller zeigen, dass Arbeitnehmer, Händler und Kunden von der Prämie profitieren. Wenn ein Instrument so erfolgreich ist, muss die Politik richtige Rahmenbedingungen schaffen.“

## „Hinni Swieter war ein Vollblutpolitiker“



Garrelt Duin bezeichnete Hinni Swieter in seiner Rede als einen außergewöhnlichen Kommunal- und Landespolitiker.

Rund 90 Freunde, Weggefährten und SPD-Politiker trafen sich am letzten Sonntag zum gemeinsamen Gedenken an den ehemaligen niedersächsischen Finanzminister und Landrat des Landkreises Aurich Hinrich Swieter, der am 19. Juli 2002 verstarb. Unter den Gästen waren auch die beiden Brüder von Hinrich Swieter, ehemalige Ministerkollegen Heiner Bartling und Wolf Weber, die SPD-Landtags-abgeordneten Hans-Dieter Haase und Johanne Modder, sowie die ehemaligen Landtagsabgeordneten Johann Bruns und Hans-Werner Pickel. Die SPD-Unterbezirksvorsitzende Hilda Christians sagte in ihrer Begrüßung: „Heute wäre

Hinni 70 Jahre alt geworden. Er war ein vorbildlicher Sozialdemokrat.“ Der Norder SPD-Stadtverbandvorsitzende, Hans Forster, zeichnete anhand von Bildern den Werdegang Swieters nach. Garrelt Duin bezeichnete Hinrich Swieter in seiner Rede als einen außergewöhnlichen Kommunal- und Landespolitiker. „Er war immer für die Menschen da, die ihn brauchten, wenn sie in Not waren. Sie konnten aber auch mit ihren Alltagsorgen zu ihm kommen und er half dort, wo er konnte. Nicht ohne Grund sagten sie: ‚Hinni maakt dat‘. Hinrich Swieter war ein Vollblutpolitiker und hatte ein einmaliges politisches Gespür. Bei allen

politischen Entscheidungen standen die Menschen in Ostfriesland und im Landkreis Aurich im Mittelpunkt. Er war durchsetzungsfähig und verfügte über alle Voraussetzungen einer Führungspersönlichkeit. Dabei ist Hinni Swieter immer eins geblieben – Mensch! Er wusste immer das Beste für Ostfriesland, den Landkreis Aurich und die Städte und Gemeinden zu erreichen. In vielen Kommunen kann noch heute jeder Mensch sehen, welche Maßnahmen und Projekte er auf den Weg gebracht hat“, so Duin. „Es ist wichtig, dass man sein Wirken und seine Person nicht vergisst“, sagte er abschließend.

### Impressum

Büro Garrelt Duin, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 - 227 - 70145

Fax: 030 - 227 - 76445

garrelt.duin@bundestag.de

www.garreltduin.de